

Rezensionen zum Thema

Europa in die Schule!

Siegfried Rech / Jürgen Kalb / Karl-Ulrich Templ (Hg.):

Europa in der Schule.

Perspektiven eines modernen Europaunterrichts

Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag 2014. ISBN 978-3-89974922-9, 269 Seiten, 19,80 €

Wie der Untertitel "Perspektiven eines modernen Politikunterrichts" andeutet, möchte dieser Band, der auf einen Kongress von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im Mai 2012 zurückgeht, Impulse und Anregungen vermitteln, wie man europäische Themen und Perspektiven durch einen kompetenzorientierten Politikunterricht stärker und nachhaltiger im Unterrichtsgeschehen verankern kann. Das Herausgaberteam stellt dabei in einem einleitenden Beitrag die Herausbildung einer "Europakompetenz" in den Vordergrund, durch die die Schülerinnen und Schüler politische, ökonomische, historische, kulturelle und sprachliche Kompetenzen entwickeln sollen, die auf das Leben in einem komplexer werdenden Europa vorbereiten sollen (S. 25). Die anschließenden Beiträge nehmen immer wieder Bezug zu dieser formulierten Europakompetenz und bedienen hinsichtlich ihrer inhaltlichen Schwerpunkte sinnvoll und angemessen die aufgeführten Aspekte, sodass eine adäquate Verzahnung zwischen kompetenzorientierter Zielsetzung und Fachbeiträge gegeben ist.

Der Band kommt auf jeden Fall zur rechten Zeit, denn in einer Zeit, die von Europaskeptizismus und antieuropäischen Ressentiments geprägt ist, ist es mit ein wichtiges und legitimes Anliegen des Buches, für das Projekt "Europa" zu werben und Ideen und Anregungen für die Herausbildung einer Europakompetenz bei den Schülerinnen und Schülern zu geben. Das Herausgaberteam skizziert zunächst eine schonungslose Analyse der zu beobachtenden Europaskepsis auch unter Jugendlichen und der unterrichtlichen Situation des Themenfeldes "Europa" im schulischen Alltag. Die Kritik, dass das Themenfeld

"Europäische Union" in der unterrichtlichen Praxis bei Schülern und Lehrern eher unbeliebt sei (vgl. S. 23) und häufig zum Schul- und Klassenarbeitsstoff in einer reinen Institutionenkunde verkommt (vgl. S. 24), ist in dieser pauschalisierten Form jedoch überzogen und nicht realitätskonform. Nichtsdestotrotz ist die Schlussfolgerung richtig, dass es trotz einer Vielzahl von angebotenen Unterrichtsmaterialien von Verlagen, Institutionen und Bildungseinrichtungen den Lehrkräften häufig schwer fällt, adäquate Lernwege und Materialien auszuwählen. Die generelle Zielsetzung dieses Bandes, den Lehrkräften Orientierungshilfen und Anregungen zu vermitteln, ist daher außerordentlich zu begrüßen.

Der Band weist eine klare und übersichtliche Struktur auf. Nach Geleit- und Vorwort und dem oben angesprochenen Einführungsbeitrag durch das Herausgaberteam werden zunächst zwei Beiträge zur Zukunft der EU und dessen Präsenz in der Schule angeboten. Diese beiden sinnvollen Beiträge bieten eine vertiefende Analyse zum Zustand Europa aus historischer und aktueller Perspektive. Im Folgenden wurden drei Beiträge über den Unterricht zu Europa in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern der Sek I veröffentlicht. Neben einer kritischen Analyse des Unterrichts im Politik- und Geschichtsunterricht wird auch ein konkretes Beispiel zur Vermittlung konzeptionellen Wissens über die EU anhand eines Unterrichtsbeispiels zur Lebensmittelverordnung präsentiert. Dieser sehr praxisbezogene Beitrag mit Materialien und Linkhinweisen bietet somit erste konkrete Anregungen für die Unterrichtspraxis. Das anschließende Kapitel thematisiert den Unterricht in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern der Sek II. Besonders



gelingen erscheint hier der Beitrag über das Fach Sozialwissenschaften in Nordrhein-Westfalen, da die Autorin sehr praxisnah und unter Verweise auf das Zentralabitur den Stellenwert europäorientierter Kompetenzen skizziert. Positiv hervorzuheben ist hier ferner die Perspektive eines anderen Bundeslandes, da doch die Zusammenstellung der Autorenbeiträge eine Dominanz des Landes Baden-Württemberg offenlegt. Im folgenden Kapitel wird der Fremdsprachen- und der bilinguale Unterricht mit dem Schwerpunkt Europa thematisiert. Diese Schwerpunktsetzung des Bandes ist besonders zu begrüßen, da die Bedeutung der Fremdsprachen für die Herausbildung einer europäischen Identität und einer Europakompetenz nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Diese drei Fachbeiträge sind sicherlich fachdidaktisch hervorragend konzipiert, es wäre jedoch besonders in diesem Bereich wünschenswert gewesen, den unterrichtlichen Praxisbezug durch die exemplarische Skizzierung eines Unterrichtsbeispiels zu erhöhen. Das abschließende Kapitel mit dem Titel "Europäische Fragestellungen, innovative Methoden und Schulentwicklung"

Politisches Lernen 1–2/14

skizziert angemessene und sinnvolle methodische Formate zur Verbesserung der Europakompetenz. Hier werden Planspiele, Simulationen, Möglichkeiten des virtuellen Lernens und der virtuellen Begegnung, Wettbewerbe und die Möglichkeiten multinationaler Zusammenarbeit vorgestellt und erläutert. Wenngleich auch in diesem Kapitel der Praxisbezug hätte erhöht werden können (so sind einige Passagen über die theoretische Konzeption, Vor- und Nachteile von Planspielen doch redundant), erscheint hier die unterrichtliche Relevanz dieses Bandes mit am höchsten zu sein, da der Leser hier vielfältige und differenzierte Hinweise zu methodischen Großformen zum Themenfeld "Europa" bekommt. Die Schwerpunktsetzung auf die Makromethode Planspiele ist jedoch nicht nachvollziehbar, zumal es auch zu anderen Makromethoden vielfältige Unterrichtsmaterialien gibt. Der Band schließt mit den Abstracts und Hinweisen zum Autorenteam ab.

Insgesamt ist die Lektüre der sehr gehaltvollen und facettenreichen Beiträge zu empfehlen, weil es das Themenfeld

"Europa" in einer europakritischen Zeit wieder in den Fokus nimmt und in der Tat wertvolle Hinweise und Anregungen für die Herausbildung einer Europakompetenz liefert. Die generelle Zielsetzung des Bandes, Orientierungshilfen und Anregungen zu vermitteln, wird somit sicherlich erreicht. Nach der Lektüre dürfte der Leser auch zusätzlich motiviert sein, sich mit europapolitischen Themen für die Gestaltung des Unterrichts vertiefend zu beschäftigen. Bezüglich der Bandbreite der Themen ist vor allen Dingen zu begrüßen, dass der Erwerb der Sprachkompetenz als Voraussetzung für die Herausbildung einer europäischen Identität einen breiten Raum einnimmt. Trotz vieler praxisbezogener Beiträge wäre es insgesamt sicherlich wünschenswert gewesen, die unterrichtliche Relevanz durch Praxisbeispiele noch weiter zu erhöhen. Die bereits oben angesprochene Unausgewogenheit mancher Themenkomplexe und das Auftreten von Redundanzen sind ebenfalls zu monieren, jedoch in einem Band dieser Art eventuell nicht zu vermeiden. Die

Gestaltung des Covers ist originell und ansprechend. Es verbleibt in der Summe jedoch der positive Gesamteindruck und der Verdienst des Autorenteam, sich einer Thematik zu widmen, die schon einmal bessere Zeiten erlebt hat. Gerade in der Zeit von eher europaskeptischer Haltung in der Bevölkerung und vor den anstehenden Europawahlen im Mai kann es gar nicht genug gewürdigt werden, dass durch diesen Band (auch) Werbung für das Haus Europa gemacht wird, denn "eine attraktive, gar begeisternde Vision für ein zukünftiges Europa fällt nicht vom Himmel! Das Zusammenwachsen Europas — auch und gerade in Krisenzeiten — und die Herausbildung eines europäischen Bewusstseins gehören untrennbar zusammen. Den Schulen, den Lehrerinnen und Lehrern kommt dabei eine herausragende Rolle zu: Europäische Bildung beginnt in der Schule" (S. 12). Daher könnte der Titel des Bandes passenderweise anstatt "Europa in *der* Schule" auch "Europa in *die* Schule!" lauten.

Thorsten Maß, Rheine

Bezirk — Berlin — Brüssel: Auf der schiefen Ebene?

Martin Kesting: Die Berliner Bezirke als Akteure im EU-Mehrebenensystem. Strukturen und Möglichkeiten der Interessenwahrnehmung

München 2013: Herbert Utz Verlag. ISBN 978-3-8316-4269-4, 132 Seiten, 35,00 €

Städte und Gemeinden in Deutschland nutzen das Mehrebenensystem der Europäischen Union (EU), um ihre Interessen als Gestalter von Daseinsvorsorge und soziale Dienstleister zu vertreten. "Europa", konkret die von Brüssel verwalteten Förderprogramme, ist für die häufig am Rand des finanziellen Zusammenbruchs agierenden Kommunen zu einem unverzichtbaren Partner geworden. Kommunen sind in Deutschland trotz ihrer Aufgabenfülle nicht stark, die Länder mit ihrer Haushaltshoheit und der Kommunalaufsicht umso mehr. Aber größere Städte, wie auch die Vereinigungen von Städten, Gemeinden und Landkreisen, können ihre Belange zumindest hörbar und zum

Teil auch effektiv bei den übergeordneten Politikebenen bis hin zur EU vertreten.

Vor diesem Hintergrund wendet sich Martin Kesting, mit dem Fokus auf Berlin, einer wichtigen Frage zu, die wegen des eher geringen Gesamtanteils der Bevölkerung deutscher Stadtstaaten im Hintergrund bleibt: Wie können die Untergliederungen der drei Großstädte, die im föderalen System Deutschlands Länderstatus besitzen, ertragreiche Beziehungen zur Europäischen Union herstellen und pflegen? Ihre Verwaltungen tragen die oben genannten Lasten, aber haben sie auch vergleichbare Rechte? Gerade die zwölf Bezirke Berlins sind für sich selbst genommen Großstädte, mit zwischen 227.000 und 373.000 Ein-

wohnern und damit sämtlich über dem deutschen Durchschnitt. Jedoch stellen die Berliner Bezirke lediglich Verwaltungsgliederungen ohne Rechtspersönlichkeit dar, sind also den Weisungen des Senats unterworfen. Ihre Stellung ist eher mit den Bezirken von Bundesländern vergleichbar. Ein Freizeitparlament, die Bezirksverordnetenversammlung, wie auch die Rolle der Bezirksbürgermeister als Verwaltungschefs drücken diese nachgeordnete Stellung aus.

Andererseits wäre die zentrale Senatsverwaltung mit der Beantragung und Verwaltung der EU-Förderprogramme für die gesamte Stadt überfordert. Sie überlässt dies weitgehend den Bezirksverwaltungen. Auch die Umsetzung zahlreicher Richtlinien der EU, u. a. beim Umweltschutz, ist letztlich Aufgabe der Bezirke.

Kesting geht detailliert und durch zahlreiche Tabellen und Grafiken anschaulich der Frage nach, wie die Bezirke das offensichtliche Missverhältnis zwischen Pflichten und Rechten in europapoliti-

schers Hinsicht zu bewältigen versuchen. Formen der Kooperation und Koordination werden untersucht, ebenso die Ansätze zu kreativen Lösungen im Austausch zwischen Bezirksverwaltungen und den Vertretungen der Europäischen Union. Kesting zeigt, dass persönliche Kontakte aus den Bezirken in die Verwaltungseinheiten des Senats besonders wichtig sind, weil dessen Informationspolitik gegenüber den Bezirken eher lückenhaft bleibt. Helfen könnten auch die sieben Berliner Abgeordneten im EU-Parlament, aber hier gilt nach Kesting die Devise "Weniger ist Mehr": Eine Wahlkreiseinteilung wäre für Berlin besser, denn die zudem unverbindlichen Stimmkreise erfassen Berlin nur als Ganzes. Einer der Berliner bringt als ehemaliger Bezirksbürgermeister seine kommunalpolitische Europakompetenz ein, aber dies sollte für alle Mandatsbewerber Voraussetzung sein.

Zudem haben die Bezirke mit einer angespannten Personalsituation zu kämpfen, die sich mit der bis 2016

umzusetzenden Streichung von fast 1.500 Vollzeitstellen noch dramatisch verschärfen könnte. Kesting legt dar, wie arbeitsintensiv die Vorbereitung, Beantragung und Verwaltung von Förderprogrammen der EU sind. Er stellt den drohenden Ausfall von Expertise in den Zusammenhang eines insgesamt drohenden Bedeutungsverlustes der Bezirke: Geldmangel, Personalmangel und fehlende Kapazitäten, die so wichtigen Fördermittel der EU wirksam beantragen zu können. Hier droht dem Stadtstaat Berlin ein Teufelskreis der strukturellen Überforderung.

Kestings übersichtliche Studie schafft den Spagat zwischen Knappheit, Detail und fachlichem Anspruch. Sucht man pedantisch nach Schwächen, so kommt man über einige Verwechslungen der Adjektive "intra-" und "interbezirklich" nicht hinaus. Nicht nur in diesem Europawahljahr ist Kestings Studie für Praktiker, Theoretiker und alle europapolitisch Interessierte eine bereichernde Lektüre.

Johannes Heisig, Berlin

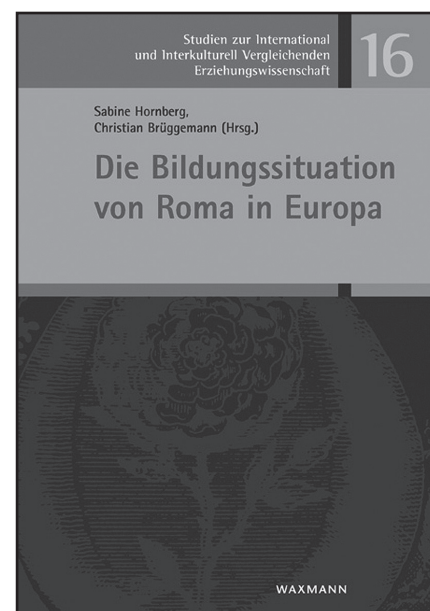
Die Perspektive der Betroffenen hätte Klarheit schaffen können

Sabine Hornberg / Christian Brüggemann (Hg.): Die Bildungssituation von Roma in Europa. Studien zur International und Interkulturell Vergleichenden Erziehungswissenschaft Bd. 16
Münster: Waxmann 2013. ISBN: 9-783830-92841-6, 237 Seiten, 29,90 €

Seit Europäischer Rat und Europäische Kommission sowie Weltbank, UNDP (United Nations Development Programme) und all die anderen führenden Akteure der internationalen Entwicklungszusammenarbeit die Roma als Zielgruppe möglicher Maßnahmen entdeckt haben, schießen Pamphlete über die Misere dieser jahrhundertlang kaum beachteten Minderheit wie die Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden. Dass auch die Erziehungswissenschaften an den Pfründen, die sich seither für die involvierten Experten — weniger aber die Roma — auftun, teilhaben wollen, darf nicht verwundern. Daher erscheinen auch in schneller Folge wissenschaftliche Studien, in der Regel aber auch nur Schriften auf allenfalls journalistischem Niveau, die sich mit der Bildungssituation der Roma im Allgemeinen oder auch

im Speziellen beschäftigen und das Wenige und zudem wenig Gehaltvolle, das bereits veröffentlicht worden ist, nacherzählen. Das vorliegende Buch ist eines von diesen. Und auch bei diesem Buch handelt es sich nicht um die Ergebnisse einer empirischen Erhebung, und auch diesmal erfährt der Leser nichts Neues.

Daher muss die Frage erlaubt sein, an welche Leserschaft sich dieses Buch richtet? Die Herausgabe des Titels in der Reihe *Studien zur International und Interkulturell Vergleichenden Erziehungswissenschaft* kann sowohl die Ansprache von Fachwissenschaftlern beabsichtigen wie auch das Interesse von Praktikern wie beispielsweise Lehrern oder Betreuern in der Jugendarbeit zu erwecken suchen. Der Titel des Buches bleibt vage. Doch wenigstens der Klappentext gibt Hinweise auf die Motivation der Her-



ausgeber und die anvisierte Leserschaft: "Mit den hier versammelten Beiträgen ist das Anliegen verknüpft, Impulse für vertiefende Auseinandersetzungen mit den Lebens- und Bildungssituationen von Roma zu geben und sie stärker in den Fokus der Erziehungswissenschaften zu rücken."

Dies ist auch geboten. Denn nach dem in diesem Buch dargestellten Stand der Dinge, scheinen Erziehungswissenschaftler bislang wenig zu wissen über Roma und die Problematiken, welche mit einem Minderheitenstatus verbunden sind.

Ausgangspunkt der Herausgeber ist — wie immer in derartigen Publikationen — die Hypothese, Roma besäßen in allen europäischen Staaten einen

besonders niedrigen Bildungsstand gemessen an der jeweiligen Gesamtbevölkerung. Dies soll — so steht zu vermuten, denn eine klar formulierte Vorgabe der Herausgeber erwartet der Leser vergebens — durch die einzelnen Beiträge untermauert werden.

Das Buch ist, dieses Ziel insgeheim verfolgend, zweigeteilt. Nach einer knappen Einleitung der Herausgeber mit einer beachtlichen Anzahl an Fehlinformationen und –interpretationen folgt der erste Teil “Ausgangslagen und Perspektiven der Bildungssituation von Roma in Europa”. Dieser beleuchtet aber nur einzelne Aspekte aus dem angekündigten Themenbereich.

Der einleitende Beitrag von Susanne Milcher (“Die soziale Exklusion von Roma in Ost- und Südosteuropa: Bildung — Arbeit — Diskriminierung”, S.13-34), der regional weiter eingeschränkt ist als der Titel ankündigt, besteht weitgehend aus der Referierung einer fragwürdigen Studie (die hier allerdings nicht zur Debatte steht). Da sich die Autorin vermutlich nur oberflächlich mit Roma und ihrer sozialen Situation, nicht aber mit Fragen sozialer Organisation oder Kultur im Allgemeinen beschäftigt hat, unterlaufen ihr allerhand Fehldeutungen. Nicht zuletzt aus diesem Grund werden ständig Ursache und Wirkung miteinander verwechselt. So lautet bezeichnenderweise gleich der einleitende Satz: “Die [...] Ausgrenzung von Roma [...] basiert auf [...] geringem Einkommen, Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt, niedriger Bildungsbeteiligung, schlechten Wohnverhältnissen und Diskriminierung” (S. 13). Die zentrale These der Autorin lautet daher auch: “Eine Ursache der Bildungsbenachteiligung von Roma ist ihre im Durchschnitt niedrigere Bildungsbeteiligung” (S.19).

Der zweite Beitrag von Mihai Surdu und Eben Friedman (S. 35-51) beschäftigt sich mit dem *Roma Education Fund*, einem Kind von Weltbank und Open Society Institute, welcher sich zur Aufgabe gesetzt hat, das Bildungsniveau von Roma zu erhöhen beziehungsweise — wie die Autoren es formuliert haben — “reducing the gap in educational outcomes between Roma and non-Roma” (S. 35). Nach einer Wiederholung des bereits im vorangegangenen Abschnitt Gesagten folgt statt einer kritischen Analyse eine brave Darstellung der Arbeit des REF,

was aufgrund der persönlichen Involvement der Autoren auch nicht anders zu erwarten war, die Frage nach dem “Bildungsstand von Roma” aber weiter vernebelt.

Völlig losgelöst sowohl von dem bisher Berichteten als auch dem Rest des Buches folgt der Aufsatz von Moses F. Heinschink und Petra Cech über “Die Sprache der Roma” (S. 53-87). Bei den Autoren handelt es sich um Kapazitäten in diesem Bereich. Ihr Beitrag darf — wie zu erwarten — im wahrsten Sinne und ohne nennenswerte Abstriche als hervorragend bezeichnet werden, besonders da neben einer rein sprachwissenschaftlichen Darstellung auch “Perspektiven für den Unterricht” (S.71ff) geboten werden. Dennoch passt dieser Beitrag nicht zum gestellten Thema und auch nicht in dieses Buch — und dies liegt nicht nur am Niveau und der dargebotenen Sachkenntnis. Die Autoren sind aber eben Sprach- und keine Sozialwissenschaftler und so wäre nicht ein Beitrag über die Sprache der Roma an dieser Stelle notwendig gewesen, sondern über deren Kultur und vornehmlich die soziale und verwandtschaftliche Organisation und alle die Erziehung berührenden Fragen. Diese Chance ist jedoch vertan worden. Es ist bei weitem nicht die einzige.

Der zweite und Hauptteil des Buches umfasst sechs Fallbeispiele, die alle einem vorgegebenen Raster folgen, aber dennoch unterschiedlich akzentuiert sind. Wer nach Lektüre des Einleitungsteils glaubt erwarten zu dürfen, das Schwergewicht liege nun auf Südosteuropa — immerhin dem Hauptwohngebiet der Roma —, wird überrascht, denn von den dargestellten Länderstudien hat allein Ungarn einen nennenswerten Bevölkerungsanteil an Roma und wird, obgleich sich die Ungarn selbst als Teil Mitteleuropas betrachten, hin- und wieder besonders aufgrund historischer Zusammenhänge dem geographischen Großraum Südosteuropa zugerechnet. Während Österreich und Italien gewissermaßen als Frontstaaten gelten dürfen, da über diese beiden Staaten nahezu alle Migrationsströme südosteuropäischer Roma geflossen sind und immer noch fließen, müssen sich die Herausgeber aber ernsthaft fragen lassen, warum England und Schweden als Fallbeispiele

aufgenommen worden sind, die zu den Staaten und Regionen gehören, die am wenigsten von diesen Migrationen betroffen waren und neben Irland, Portugal und Grönland den geringsten Anteil an Roma aufzuweisen haben.

Der Beitrag von Spyros Themelis und Brian Foster (“The Education of Gypsies, Roma and Travellers in England — a road partly travelled”, S. 169-196) beschäftigt sich daher konsequenterweise mit Fahrenden statt mit Roma, geht damit aber am Thema vorbei, da eine völlig andere Problemlage beschrieben wird (“nomadism as a distinct way of life”, S. 176). Auch Christina Rodell Olgaç (“The Education of Roma in Sweden — an interplay between policy and practice”, S. 197-213) muss feststellen, dass “Academic research on Roma in the field of education has been limited”, S. 205). Es ist auch wenig verwunderlich, dass Muttersprachenunterricht, der für Minderheitenangehörige und Kinder von Migranten als Zusatzunterricht (einmal die Woche nachmittags) möglich ist, in Romanes mangels Masse nicht zustande kommt.

Mit einer klaren Gliederung und guten Darstellung des ungarischen Bildungssystems und der Problematik der Sonderbeschulung für Roma warten hingegen Andrea Óhidy und Juliana Orsós auf (“Integration durch Bildung? Die Bildungssituation von Roma in Ungarn”, S. 147-167). Aufgrund der Kürze bleibt der Text notgedrungen etwas oberflächlich, außerdem manifestiert sich einmal mehr das Grundproblem des gesamten Werkes: Die Aussagen werden auch hier nicht empirisch unterfüttert.

Das Fazit von Christian Brüggemann, Sabine Hornberg und Elisabeta Jonuz im ersten Fallbeispiel (“Heterogenität und Benachteiligung — Die Bildungssituation von Sinti und Roma in Deutschland”, S.91-120) lautet ebenfalls: “Wie aus dem Vorangegangenen deutlich wurde, liegen nur wenige gesicherte Erkenntnisse zur Bildungssituation von Sinti und Roma in Deutschland vor” (S. 114). Den Autoren scheinen allerdings ganz allgemein nur wenig gesicherte Erkenntnisse vorgelegen zu haben, denn das, was sich in der Einleitung bereits abzeichnete, wird hier mit viel Verve fortgesetzt: Es wird aus zweifelhaften Quellen abgeschrieben und wie es meist bei der Nacherzählung bereits Nacherzählens der Fall

ist, schleichen sich wieder allerhand Ungenauigkeiten, Missverständnisse und Fehler ein. Besonders ärgerlich ist dabei, dass die wichtigsten und zahlenmäßig stärksten Einwanderergruppen vergessen werden und damit die Anzahl der in Deutschland lebenden Roma viel zu niedrig angesetzt wird. Wird aber ein großer Teil (wenn nicht der Großteil) der Betroffenen ignoriert, sind die Aussagen über die Bildungssituation der in Deutschland lebenden Roma ohnehin zweifelhaft, wenn nicht gar hinfällig.

Das gilt allerdings auch für den Rest des Buches und sowohl der Beitrag über Österreich von Mikael Luciak und Emmerich Gärtner-Horvath ("Roma in Österreich — Erfahrungen von Bildungsungleichheit einst und heute", S. 121-146) als auch derjenige über Italien von Barbara Giovanna Bello und Graziano Hallilovich ("The Education of Sinti and Roma in Italy — facing old and new challenges", S. 215-234) erinnern eher an das Lesen aus Kaffeesatz denn an wissenschaftliche Abhandlungen: "Bis heute liegt keine umfassende Studie zur Bildungssituation von Roma in Österreich vor" (S. 121). Oder: "Wie viele Roma heute in Österreich leben, ist ebenso wenig bekannt wie die Anzahl der Roma-Schülerinnen und -schüler" (S. 128). Desgleichen heißt es: "there is still very little data available on the Roma population in Italy" (S.215).

Mangel an Daten und methodische Probleme

Ein Fehlen von Daten ("lack of data", S. 227) darf daher als Fazit des gesamten Buches gelten. Aber zu welcher Frage? *Der Bildungsstand von Roma* ist schließlich keine wissenschaftliche Fragestellung. Es handelt sich noch nicht einmal um eine Frage im eigentlichen Sinne. Doch was ist das Problem? Warum ist die sicherlich gut gemeinte Absicht ergebnislos im Sande verlaufen?

Drei Probleme dürfen dafür verantwortlich gemacht werden: Das Problem der mageren bis nicht vorhandenen Datenbasis haben die Autoren selbst erkannt und benannt. Was den Autoren aber offensichtlich verborgen blieb ist, dass — bei allen individuellen Mängeln — alle referierten Studien einen gemeinsamen methodischen Fehler aufweisen: Gemessen wird der Bildungs-

stand der Roma immer am Durchschnitt der jeweiligen Gesamtgesellschaft und niemals an den sozialen Milieus, die den Untersuchten nahestehen. Gleichmaßen könnte der Bildungsstand — sagen wir — der französischen Bauarbeiter mit demjenigen aller Einwohner Frankreichs verglichen werden. Oder — um es in der Konsequenz noch deutlicher zu machen — es wird der Stundenlohn von Fensterputzern zu demjenigen von Rechtsanwälten in Relation gesetzt. Die Ursache für die Unterschiede wäre dann auch schnell benannt: relative Armut. Diese Antwort, die auch in allen Beiträgen, in denen überhaupt eine Antwort gesucht wird (immerhin gibt es — wie wir bereits festgestellt haben — gar keine Frage), gegeben wird, ist aber so falsch wie der Vergleich.

Dass die Ergebnisse der verwendeten Studien wertlos sind, ergibt sich allerdings noch aus einem anderen Grund mit weit gravierenderen Ausmaßen und Auswirkungen und dies ist das zweite Problem: Die Untersuchungseinheit ist nicht bestimmbar und somit statistisch auch nicht erfassbar. Die Grundgesamtheit der zu Untersuchenden ist weder quantitativ festlegbar, noch ist die Frage zu klären, wer überhaupt dazugehört und wo die Grenzen zu anderen, von der Untersuchungseinheit abzugrenzenden Bevölkerungsschichten verlaufen. Grund für diese Unsicherheit und das Fehlen verlässlicher Zahlen ist zunächst, dass es keine Roma-Staatsbürgerschaft oder verbindliche Vereinsmitgliedschaft gibt. Es steht jedem frei, sich dazuzurechnen oder auch nicht; und dies nicht nur einmalig, sondern beliebig oft und situationsabhängig. Weit folgenreicher ist jedoch die irriige Annahme, "Roma" bildeten eine homogene "ethnische Gruppe", eine geschlossene Gesellschaft mit distinktiver Kultur. Tatsächlich handelt es sich aber um zwei verschiedene Kategorien von Menschen. Dies ist einmal die linguistische Kategorie, die all diejenigen Menschen umfasst, die Romanes sprechen und sich selbst als Roma bezeichnen. Sinti gehören nicht dazu! Bei dieser Kategorie handelt es sich aber um ein von außen aufgesetztes Konstrukt und keine soziale und / oder kulturelle Einheit. Es gibt noch nicht einmal — abgesehen bei einigen wenigen, gut verdienenden politischen Aktivisten

— Ansätze eines Zusammengehörigkeitsgefühls. Hätten die Autoren den Beitrag ihrer Koautoren über die Sprache der Roma ernst genommen, hätten sie realisiert, dass dieses Ethnonym eine unüberschaubare Vielzahl unterschiedlicher und sich voneinander abgrenzender sozialer Einheiten umschreibt, die außer Sprache und Eigenbezeichnung nur wenige Gemeinsamkeiten besitzen.

Darüber hinaus gibt es eine kognitive Kategorie, die, bevor die Exaktheit der deutschen Sprache der *political correctness* zum Opfer fiel, "Zigeuner" genannt wurde. Damit — und den Entsprechungen in anderen Sprachen — wurden alle Menschen umschrieben, die in einem bestimmten Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft stehen und von dieser unter diesem Label ausgegrenzt werden. Die beiden Kategorien sind alles andere als deckungsgleich. Die Roma sind vielmehr ein (kleiner) Teil der kognitiven Kategorie, zu der auch die ebenfalls Romanes-sprachigen Sinti gehören. Auch die gleichmaßen in diesem Buch einbegriffenen Travellers in Großbritannien und Irland gehören dazu (sprechen aber nicht Romanes); dies gilt allerdings auch für viele andere Gruppen, wie die Jenischen im deutschsprachigen Raum, die hier nicht einmal erwähnt werden, obgleich ihre "Bildungssituation" mit derjenigen der deutschen Sinti (definitiv aber nicht mit derjenigen der Roma!) durchaus vergleichbar ist. Gerade in Südosteuropa gibt es viele Gruppen dieser Art wie beispielsweise Rudari und Ashkali, die in manchen Regionen die Mehrheit der als "Zigeuner" und nun politisch korrekt als "Roma" bezeichneten Personen ausmachen, obwohl sie die jeweilige Landessprache oder diejenige eines Nachbarlandes sprechen und sich von den (eigentlichen) Roma strikt abgrenzen. Mittlerweile ist es geradezu eine Seltenheit geworden, dass mit der Bezeichnung "Roma" auch Roma gemeint sind. In der Regel sind damit alle "Zigeunergruppen" angesprochen, das bedeutet aber, dass es nicht nur Land für Land, sondern innerhalb dieser Gruppe für Gruppe recht unterschiedliche und nicht miteinander vergleichbare "Bildungssituationen" und entsprechend die verschiedensten Ursachen und Ausprägungen der einen oder anderen "Bildungssituation" und infolge dessen auch unterschiedlichste Probleme sowie

deren Lösungsmöglichkeiten gibt. Damit sind die zur Diskussion stehenden Menschen aber gar nicht identifiziert und somit auch nicht befragbar. Der Mangel an Daten resultiert daher in aller erster Linie aus einem Mangel an Klarheit, wer überhaupt zu befragen ist. Da die Aufsätze in diesem Buch aber — als Nebenprodukt dieses Problems — nicht bei den Betroffenen ansetzen, sondern immer die Sichtweise der Mehrheitsgesellschaft auf die Roma und alle anderen

“Zigeunergruppen” gewählt wurde, werden nicht nur die Kategorisierungsmuster und alle damit in Zusammenhang stehenden Vorurteile der “Nicht-Zigeuner” übernommen, die Autoren verlieren auch völlig den Überblick, über wen sie da überhaupt schreiben (Roma? Zigeuner? Randgruppen? Unterschichten?). Die Perspektive der Betroffenen selbst, die Klarheit hätte schaffen können, wird nicht berücksichtigt.

Das dritte und möglicherweise Hauptproblem ist, dass die Autoren dieses Buches (ausgenommen selbstverständlich Mozes F. Heinschink und Petra Cech als Rufer in der Wüste) von den beiden anderen Problemen so gar nichts wissen und daher erinnert dieses Buch im Ergebnis dann doch an das wahrlich sagenhafte Ereignis, welches sich seinerzeit im südöstlichen Zipfel des heutigen Ortenaukreises zugetragen haben soll.

Marco Heinz, *Latscho Drom e.V.*,
Köln

Weitere Rezensionen

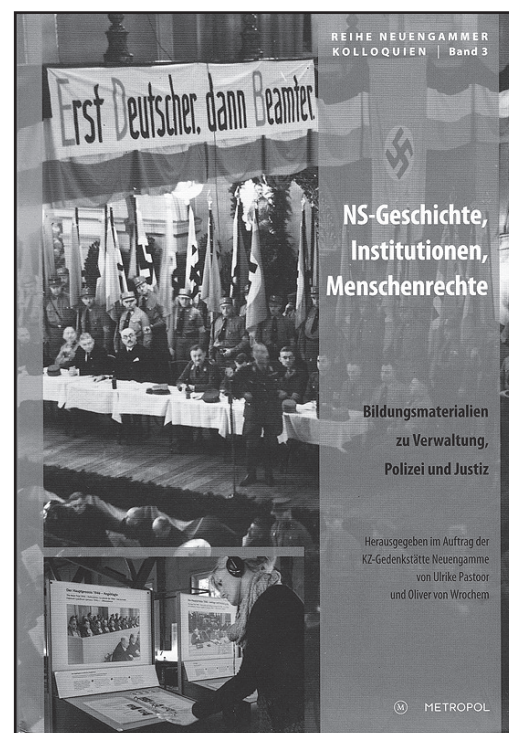
Menschenrechtsbildung

**Ulrike Pastoor / Oliver von Wrochem (Hg.):
NS-Geschichte, Institutionen, Menschenrechte.
Bildungsmaterialien zu Verwaltung, Polizei und Justiz**
Reihe Neugamammer Kolloquien, Band 3. Berlin: Metropol Verlag 2013,
ISBN 978-3-86331-099-8, 232 Seiten, mit DVD, € 19,—

Dieser Sammelband dokumentiert das gleichnamige Projekt, das in den vergangenen Jahren in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme durchgeführt wurde. Gefördert durch das Programm “Menschen Rechte Bilden” der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft (EVZ) hat die Gedenkstätte ein pädagogisches Konzept für die Arbeit mit Mitarbeitern staatlicher Institutionen entwickelt, in mehreren Durchgängen umgesetzt und als reguläres Bildungsangebot etabliert. Das Projekt zielt darauf ab, die Auseinandersetzung mit den Verbrechen der Polizei, der Justiz und der Verwaltung im Nationalsozialismus mit menschenrechtlichen Fragestellungen, mit denen Mitarbeiter heute in ihren Institutionen bzw. bei ihrer Tätigkeit konfrontiert sind, zu verknüpfen. Die Vermittlung von Kenntnissen über das historische Geschehen, so die Herausgeber, soll für “die Diskussion aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen und möglicher Menschenrechtsgefährdungen in staatlichen Institutionen fruchtbar gemacht werden” (S. 13). NS-Gedenkstätten begreifen sie dabei als Orte, “an denen sich die Auswirkungen des institutionellen wie staatlichen Handelns” (ebd.) während

des Nationalsozialismus aufzeigen lassen und “darüber gesprochen werden kann, vor welchen Herausforderungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter staatlicher Institutionen heute stehen” (S. 14). Als Vertreter des staatlichen Gewaltmonopols sind diese, so die Grundannahme des Projektes, in besonderer Weise der Gefahr ausgesetzt, Menschenrechte zu verletzen, zugleich aber besonders befähigt, diese durchzusetzen. Zudem gehören sie nicht zu den “selbstverständlichen Adressaten historisch-politischer Bildung in KZ-Gedenkstätten” (S. 13).

Das Buch umfasst neben didaktischem Material und der Beschreibung der Methoden grundlegende Beiträge zur spezifischen Arbeit mit den Zielgruppen sowie zur Verbindung von Menschenrechtsbildung und historischem Lernen. Die Publikation gliedert sich, neben der vorangestellten detaillierten Projektbeschreibung, in drei Teile: Das erste Kapitel dokumentiert Stimmen von Beteiligten und Kooperationspartnern des Projektes. Hier wird unter anderem deutlich, wie gut das Projekt in die Ausbildung der kooperierenden Hochschulen integriert ist und auch über den Förderzeitraum hinaus verstetigt werden



konnte. Das zweite Kapitel enthält theoretische Reflexionen. In mehreren pointierten Beiträgen werden dabei verschiedene grundlegende Aspekte von Menschenrechtsbildung und historischer Bildung mit Berufsgruppen diskutiert. Im dritten Teil werden schließlich neun miteinander kombinierbare Seminarmodule zu verschiedenen thematischen Einheiten vorgestellt: Die Module umfassen “Assoziative Seminareinstiege”, das Handeln der Polizei, der Justiz und der Verwaltung im Nationalsozialismus, die juristische Ahndung der NS-Verbrechen, Entnazifizierung und die Entwicklung des Schutzes der